

Sehr geehrte Damen und Herren,

als einfaches Gemeindemitglied ohne Mitgliedschaft in einem Gremium wurde ich im Rahmen unserer Gemeindeversammlung (Michaelis-Friedens-Kirchgemeinde in Leipzig) auf das Dokument "Kirche im Wandel" aufmerksam, das Wege in die Zukunft der ev. Landeskirche Sachsens aufzeigt.

Sie benennt das Thema Vertrauen als wichtige Grundlage für die Glaubensgemeinschaft, die sich in den Gemeinden findet. Genau aus diesem Grund sehe ich es als notwendig an, alle kirchlichen Strukturen konsequent von unten nach oben zu denken.

Zunächst zu Punkt 2: Die Arbeitsgruppe wurde von der Kirchenleitung eingesetzt. Sie besteht aus vier Mitgliedern der Synode, vier aus dem Landeskirchenamt und unserem Bischof. Aus meiner Sicht wäre es geschickter gewesen, neben dem Bischof und vier Synodenmitgliedern noch vier Vertreter aus den Reihen der Kirchengemeinden einzubeziehen, die als Laien die Basis besser repräsentieren. Die AG hätte auch von der Synode eingesetzt werden können, die ja durch die Wahlen legitimiert ist (wenn auch nur indirekt, so wie vor 1979 das europäische Parlament es war - eine Direktwahl der Synode durch alle Kirchenmitglieder brächte eine bessere demokratische Legitimation mit sich, meines Wissens ist das in Württemberg so).

Die Existenz von Kirchenämtern auf Bezirks- oder Landesebene ist ja nicht zwangsläufig gegeben, und aus meiner Sicht sollten solche Ämter nur in dem Maße existieren, wie sie den Bedürfnissen der Gemeinden entsprechen. Damit würde der Gedanke unseres Bischofs, den ich zitiert gehört hatte, umgesetzt, die Kirchenämter als Dienstleister für die Gemeinden anzusehen. Vermutlich würde eine Amts-Ebene als Institution ausreichen, um diese Bedürfnisse abzudecken.

In der Vergangenheit wurde durch Strukturreformen viel Porzellan zerbrochen. Mir ist auch (aus einer anderen Gemeinde) ein Kirchenvorstandsmitglied bekannt, das nach seiner Amtszeit und den Einblicken, die er dabei gewonnen hat, aus der Kirche ganz ausgetreten ist, weil er sie nicht für reformierbar hielt. So etwas sollte sich nicht wiederholen, es ist für mich ein Zeichen, dass die EVLKS wieder einmal von oben nach unten gedacht wurde, wie bei der Strukturreform "Kirche der Hoffnung", die den Gemeinden Vorschriften machte, wie sie sich zusammensetzen sollten. Als Geograph kann ich gut nachvollziehen, dass Konzepte entwickelt werden, in welcher Fläche welche Einheiten mit wie vielen Gemeindegliedern sinnvoll gebildet werden können, differenziert nach urbanen und ländlichen Gebieten. Das Problem an dieser Denkweise ist dabei allerdings, dass die Gemeinden ein eigenes Selbstverständnis entwickelt haben, wie sie sich als Gemeinde verstehen. Dieses Selbstverständnis sollte Vorrang vor der "Top-down-Sichtweise" haben.

Ein Punkt, den ich ansprechen möchte, ist das Thema von haupt- und ehrenamtlichen Mitwirkenden. Ich denke nicht, dass kirchliche Mitarbeiter nach einem vom öffentlichen Dienst abgeleiteten Tarif bezahlt werden müssen, weder die Beschäftigten in der Verwaltung noch die Geistlichen. In anderen Ländern, z. B. Frankreich, ist das völlig anders.

Wenn eine Gemeinde also kleiner geworden ist, muss das nicht automatisch dazu führen, dass sie Personal entlässt, es kann auch bedeuten, dass für das Personal nicht mehr so hohe Gehälter gezahlt werden können. Das hat natürlich dort seine Grenze, wo sich niemand mehr für die ausgeschriebenen Stellen findet. Dennoch können Gehälter Verhandlungssache sein, wie bei vielen nicht tarifgebundenen Unternehmen auch. Wenn uns der christliche Glaube leitet, werden sich trotzdem faire Gehälter aushandeln lassen, die der jeweiligen Situation entsprechen.

Zur Stärkung des Ehrenamtes schlage ich auch einen Bürokratieabbau vor. Mir ist eine Prädikantin bekannt, die vor ca. 2 Jahren in dieses Amt kam, und sie musste sich zuvor von zwei unterschiedlichen Gremien prüfen lassen, darunter vom Landeskirchenamt. Damit wird ja eine Hürde aufgebaut, sich als Laienprediger zu engagieren! Besser fand ich die bisher zwei Sonntage, bei denen in allen Kirchen des Landes Laien predigen durften (ca. 2014 und 2021). Überraschend wurde ich auch dazu aufgerufen, eine Predigt zu halten und habe diese Herausforderung angenommen - auch ganz ohne theologische Ausbildung oder Prädikantenkurs. Sicher würde ich das nicht jeden Monat tun können, aber es zeigt uns, dass das Priestertum aller Gläubigen auch ernst genommen werden kann. Warum nicht zweimal im Jahr so etwas organisieren und immer wieder andere Gemeindeglieder zum Predigen aufrufen?

Ein zweiter Punkt ist die Frage der Organisationsformen. Die Idee der Konzentration der gemeindlichen Rechtsstrukturen geht wieder Top-down vor uns will mit einer größerflächigen Kirchengemeinde und einer darunter agierende Ortsgemeinde zwei Ebenen schaffen. Ich denke nicht, dass solche - schon wieder neuen - Strukturen neue Kräfte wachsen lassen. Die letzten Strukturveränderungen sind noch nicht verdaut. Es ist richtig, dass nicht jede Gemeinde ehrenamtlich die Anstellung von Personal oder das Immobilienmanagement leisten kann. Manche aber können es schon. Daher sollten alle Gemeinden den Freiraum haben, darüber zu entscheiden, ob sie Verwaltungsaufgaben an ein Amt (z. B. Landeskirchenamt) delegieren und dafür den entsprechenden Verwaltungsaufwand dort bezahlen möchten, oder ob sie selbst ihr (Verkündigungs- und Verwaltungs-)Personal einstellen und selbst "unternehmerisch" tätig sein möchten. An dieser Stelle sollten sie auch selbst entscheiden dürfen, ob sie sich an die Tarife des öffentlichen Dienstes halten möchten oder die Bezahlung ihres Personals frei aushandeln wollen - es gibt für beides Argumente.

Was dabei wesentlich zählt, ist auch die Erfahrung der Selbstwirksamkeit. Sich ehrenamtlich einzubringen, ist in solchen Organisationsstrukturen viel attraktiver, in denen es wenige Vorgaben gibt (z. B. neu gegründete Vereine), als dort, wo viele Regeln zu beachten sind. Wer sich also mit Ideen einbringen möchte, die dann an übergeordneten Vorgaben scheitern, wird seine Motivation verlieren. Wenn dagegen jede Kirchengemeinde selbst entscheiden darf, in welchem Umfang sie ihre Finanzen, ihr Personal, ihre Gebäude etc. selbst verwaltet und organisiert, gewinnen solche Ehrenämter stark an Attraktivität. Zugleich ist es eine Herausforderung für die übergemeindliche Kirchenverwaltung, sich auf die Bedürfnisse der verwalteten Gemeinden einzulassen und dieses Mandat gut auszufüllen, damit es ihr von der beauftragenden Gemeinde nicht wieder entzogen wird.

Meine Gedanken führen vermutlich zu einer deutlichen Entmachtung des Landeskirchenamtes und der Bezirkskirchenämter. Allerdings ist Macht ja nicht das, was Christen anstreben sollen, sondern eher die Position der Gewaltlosigkeit. Falls es der Landeskirche nicht gelingt, die Wende zum Bottom-up-Prinzip konsequent umzusetzen, werden weiter nur solche Gemeinden an Kraft gewinnen, bei denen dies längst der Fall ist, nämlich die freien Gemeinden und Freikirchen. Dort findet ja ein Zuwachs statt, und sie konzentrieren sich auf missionarische Aufgaben. Dass deren oft enge Sicht auf die Theologie und manche allzu ekstatische Ausdrucksform mir nicht gefällt, war für mich Grund genug, mich dort nie anzuschließen. Aber strukturell können wir von solchen Gemeinden einiges lernen.

Soviel für heute, ich würde mich freuen, wenn meine Überlegungen auf ein positives Echo stoßen!

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Reichmuth

Magdeburger Straße 44
D 04155 Leipzig